

Beschluss: Kreistag stimmte einem einmaligen Zuschuss, gesplittet auf zwei Jahre, für die Weikersheimer Veranstaltungs- und Konzerthalle zu

500 000 Euro für die TauberPhilharmonie

Der Landkreis unterstützt den Bau der „TauberPhilharmonie“ in Weikersheim mit einer halben Million Euro. Das beschloss der Kreistag mehrheitlich bei seiner Sitzung am Mittwoch.

Von unserem Redaktionsmitglied
Heike von Brandenstein

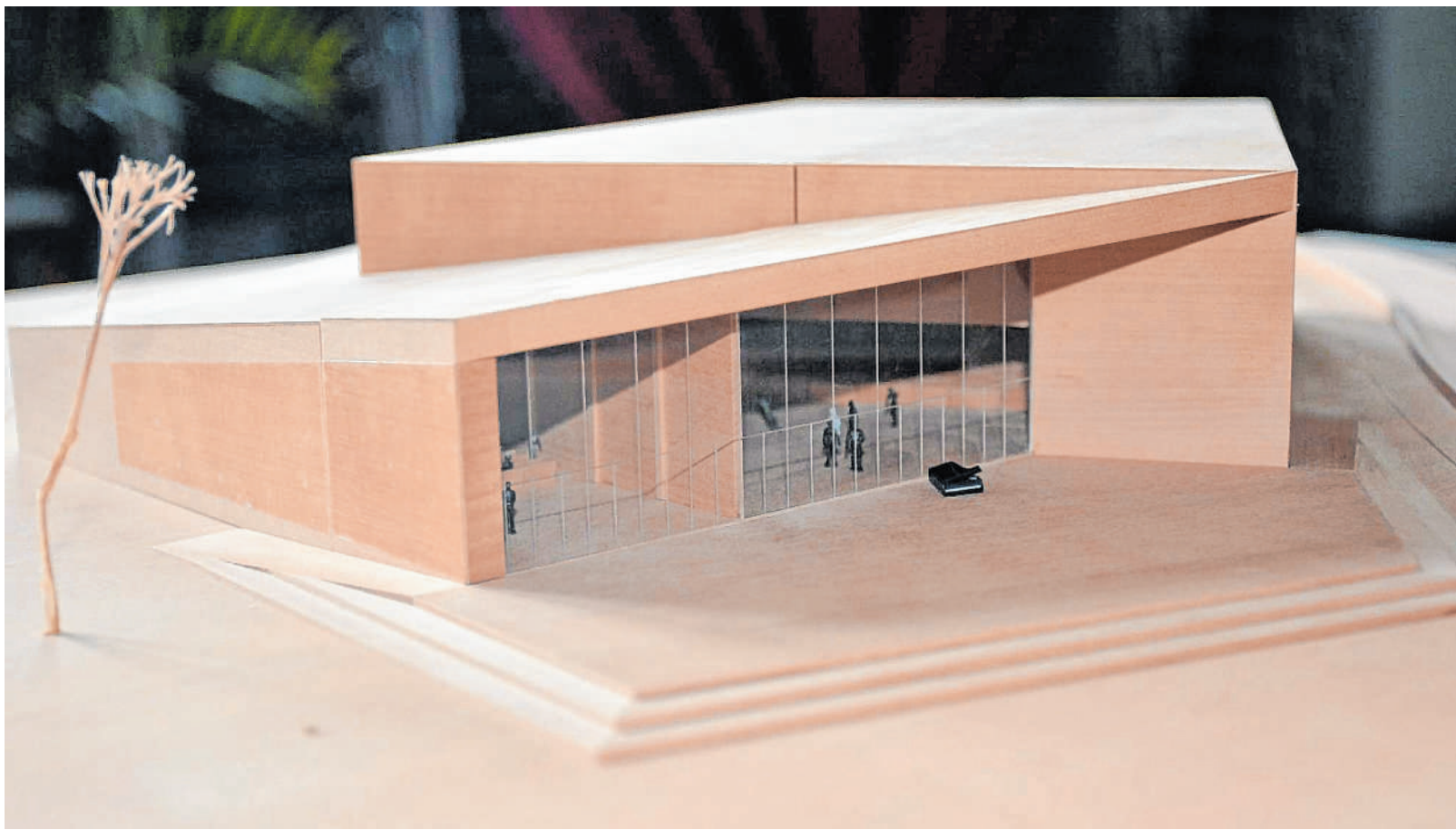
MAIN-TAUBER-KREIS. Viel hin und her hatte es über Jahre hinweg um den Bau eines Kultur- und Veranstaltungshauses in Weikersheim gegeben, das Bürgermeister Klaus Kornberger als Chance für die Stadt sieht und deshalb vehement vorantreibt. Zu teuer, zu groß und die Stadt durch nicht absehbare Betriebskosten auf Dauer belastend, argumentierten Kritiker und Gegner. Doch die Sache ist durch, der Gemeinderat stimmte im Juli vergangenen Jahres mit großer Mehrheit zu, der Spatenstich erfolgte am 22. Mai. Im kommenden Jahr soll das vom Münchner Architekturbüro von Henn geplante Gebäude feierlich eröffnet werden.

Als „in toto positiv“ wertete Landrat Reinhard Frank die „schon mehr-

„Wir wollen in keine Betriebs- und Unterhaltungskosten einsteigen.“

LANDRAT REINHARD FRANK

fach totgesagte“ TauberPhilharmonie durch die gute Finanzierungsmischung. Die Jeunesses Musicales stelle ein Alleinstellungsmerkmal dar und bespiele den neuen Bau maßgeblich. Auch die heimische Wirtschaft und der Tourismus könnten von der neuen Halle profitieren.



Der Spatenstich für die TauberPhilharmonie in Weikersheim war im Mai, im kommenden Jahr soll die Konzerthalle fertiggestellt sein.

BILD: WEBER-SCHWARZ

Deshalb stehe er einer Förderung von 500 000 Euro, gesplittet auf die Jahre 2018 und 2019, positiv gegenüber und hoffe, dass dieses Projekt bald zur Blüte komme. Klar sei aber eine Maßgabe, schränkte er ein: „Wir wollen in keine Betriebs- und Unterhaltungskosten einsteigen.“

CDU-Fraktionschef Manfred Schaffert wies auf den Durchbruch bei der kontroversen Diskussion des Projekts durch die Zusage von vier Millionen Euro an Bundesmitteln hin. Sicher werde die Konzerthalle eine Bedeutung für Weikersheim und Umgebung erlangen und ein weiteres Glied der kulturellen Per-

lenkette im Kreis sein. Doch auch er stellte klar: „Es wird keinen Nachschuss und keinen Defizitausgleich geben.“

Für die Bündnisgrünen signalisierte Rainer Moritz Zustimmung. „Wir haben schon unsinnigeres Geld ausgegeben“, meinte er, stellte allerdings wie seine Vorredner heraus, dass es sich um einen einmaligen Betrag aus der Kreiskasse handele.

Ute Schindler-Neidlein, Mitglied der SPD-Fraktion, begründete ihr ablehnendes Votum, obgleich die Finanzierung mittlerweile gut aussehe und sie Weikersheim wünsche, dass alles nach Plan klappe. Bei ihren Re-

cherchen im Vorfeld sei sie allerdings auf vergleichbare Hallen in Städten ähnlicher Größenordnung gestoßen, die einen jährlichen Abmangel bei Betriebs- und Personalkosten in Höhe von 700 000 Euro bis zu einer Million Euro aufwiesen. Wie bei der TauberPhilharmonie nur 270 000 Euro pro Jahr angesetzt werden könnten, sei für sie nicht nachvollziehbar.

SPD-Fraktionsvorsitzender Thomas Kraft sprach von einem Dilemma, in dem die SPD stecke. Auf der einen Seite sage das Herz, dass es sich bei der Konzerthalle um ein Alleinstellungsmerkmal handele, die

Gründe für den Bau schlüssig und die Finanzierung vorteilhaft seien und der Kreis sich den Zuschuss leisten könne. Der Vorstand aber frage aufgrund warnender Stimmen aus Weikersheim, ob die Kalkulationen tatsächlich stabil seien, wohl wissend, dass sich Kreisräte nicht in die Belange der Stadt Weikersheim einzumischen hätten.

Zustimmung kam von Rüdiger Zibold für die Freien Wähler, obgleich die grundsätzlichen Bedenken bekannt seien.

Bei zwei Nein-Stimmen und drei Enthaltungen passierte der Kreiszuschuss letztlich das Gremium.

SRH-Fernhochschule

Kreistag fördert Stiftungsprofessur

MAIN-TAUBER-KREIS. Der Förderung einer Stiftungsprofessur für den Studiengang „Wirtschaftsingenieur Technischer Vertrieb“ an der ab dem Wintersemester 2017/18 neu eingerichteten SRH Fernhochschule in Wertheim stimmte der Kreistag am Mittwoch einhellig zu. Die Jahresförderung ist zunächst auf zehn Jahre begrenzt und beträgt – ebenso wie für die Duale Hochschule Baden-Württemberg auf dem Campus Bad Mergentheim – 15 000 Euro pro Jahr. Alle Fraktionen sehen in dem neuen Angebot eine Chance, junge Leute in der Region zu halten. *hvb*

Radweg „Der Sportive“

Kreis unterstützt eine Umlegung

MAIN-TAUBER-KREIS. Einstimmig beschloss der Kreistag, der Gemeinde Assamstadt einen Zuschuss für die Umlegung des Radwegs „Der Sportive“ in Höhe von 55 000 Euro zu gewähren. Durch den Ausbau des „Krautgartenwegs“ auf einer Länge von 650 Metern, müssen Radler künftig nicht mehr über die Hauptstraße fahren und sind somit weniger gefährdet. *hvb*

Berufliches Schulzentrum

Generalsanierung liegt im Plan

MAIN-TAUBER-KREIS. „Die Generalsanierung des Beruflichen Schulzentrums liegt im Zeitplan“, informierte Dezernent Benjamin Schneider. In der kommenden Woche sei der erste Bauabschnitt beendet, so dass die Schule für Ernährung, Pflege, Erziehung umziehen kann. *hvb*

Abfallwirtschaft: Wenn auch mit Augenmaß und mehr Leerungen

Gebühren werden steigen

MAIN-TAUBER-KREIS. Eine europaweite Ausschreibung über das Einsammeln, die Verwertung und den Transport von Abfall für den Main-Tauber-Kreis war auf den Weg gebracht worden, weil die derzeitigen Verträge zum 1. April 2018 auslaufen. Benjamin Schneider, zuständiger Dezernent der Landkreisverwaltung, stellte dem Kreistag die Ergebnisse der in zehn Lose unterteilten Ausschreibung vor.

Die Sammlungen von Hausmüll, Altpapier und Sperrmüll bleiben bei der Firma Kühl, die Sammlung von Biomüll geht an die Firma Seger aus Münnersstadt, die bislang schon mit dem Ferntransport von der Mülldeponie Dörlesberg nach Schweinfurt beauftragt war. Ab 2018, so Schneider, werde der Biomüll nicht erst ab Juni, sondern bereits ab Mai wöchentlich entleert.

Die Bänderole für die Restmülltonne falle ab dem kommenden Jahr ebenfalls weg, so der Dezernent. Die Tonne werde dann turnusmäßig alle vier Wochen entleert. Wichtig sei aber, die Müllmarke vor dem Januar bei den kommunalen Verkaufsstellen zu erwerben, weil der bisherige Karenzmonat Januar künftig wegfällt.

„Die Gebührenkalkulation wird erarbeitet“, so Benjamin Schneider. Er rechnet, wenn auch mit Augenmaß gestaltet, mit leicht erhöhten Gebühren für die Kreiseinwohner.

Manfred Schaffert (CDU) sah vor dem Hintergrund der Kostenüberdeckung aus dem Jahr 2015 und einer Kostenverringerung von 15 000 Euro ab dem kommenden Jahr im Bereich der Abfallwirtschaft des Kreises, die Leerung der Biotonne ab dem 1. Mai als berechtigtes Anliegen, gerade weil die Vegetationsphase immer früher beginne. Zudem gab er die Klage etlicher Bürger weiter, die ihren Sperrmüll seit der Systemänderung direkt zu den Recyclinghöfen bringen. Probleme gebe es da bei den Containern. Auch die Tatsache, dass seit dem neuen Entsorger viele gelbe Säcke an der Straße stehen bleiben solle für Unmut, so Schaffert. Hier müsse die Kommunikation verbessert werden.

Gernot Seitz (SPD) forderte offene Container auf den Recyclinghöfen, damit bei der Abgabe von unhandlichem Sperrmüll nicht über Stiegen geklettert werden müsse. Klaus Kornberger (Freie Wähler) regte an, den Service für die Bürger mit der geplanten Neustrukturierung der Recyclinghöfe zu verbessern. Josef Morschheuser (CDU) warf der Verwaltung Leichtgläubigkeit bei der Vergabe von Verwertungsleistungen vor. Jederzeit seien die aktuellen Preise für Metall, Papier oder andere Stoffe einzuholen, meinte er.

Bei einer Nein-Stimme passierte die EU-weite Vergabe letztlich das Gremium.

Im Kreistag notiert

■ Landrat Reinhard Frank informierte über ein von Vertretern der Weinwirtschaft geplantes präventives Pilotprojekt im Main-Tauber-Kreis. Um den Wetterphänomen künftig besser zu begegnen, soll auf einem noch nicht benannten Weinberg eine Pilotanlage zur Tröpfchenberegnung bei Hitze und Kronenberegnung bei Kälte installiert werden.

■ Trotz einiger Holprigkeiten zu

Beginn des Breitbandausbaus in der Kreisstadt liege das Projekt jetzt – auch durch die Einbindung eines dritten Bauunternehmens – im Plan.

■ Dass der Personalrat des Krankenhauses Tauberbischofsheim zu KHMT-Sitzungen eingeladen werden müsse, hatte Thomas Kraft (SPD) gefordert. Landrat Frank sah hier keine Automatik gegeben, wenn nichts Besonderes anstehe. *hvb*



Das Internationale Zentrum für Kulturgüterschutz und Konservierungsforschung in Bronnbach erhält pro Jahr weiterhin 30 000 Euro vom Landkreis.

BILD: MARINELLI

Zuschüsse: IZKK in Bronnbach wird weiter gefördert

Internationale Strahlkraft durch einmalige Forschung

MAIN-TAUBER-KREIS. Wer Zuschüsse erhält, muss Rechenschaft ablegen. Das tat Sabrina Rota, Leiterin des Internationalen Zentrums für Kulturgüterschutz und Konservierungsforschung (IZKK) bei der Kreistagsitzung in Tauberbischofsheim. Im Rahmen der Wirtschaftsförderung erhielt die Forschungseinrichtung bislang bereits eine jährliche Förderung, die in Höhe von 30 000 Euro für die Jahre 2018 bis 2020 fortgesetzt werden soll.

Anhand von korrosionsgeschädigten Emailbeschichtungen an Gläsern aus dem „Grünen Gewölbe“ in Dresden erläuterte sie die Arbeit. Im Zentrum habe eingangs die Frage gestanden, wie solche Kulturgüter durch die Entwicklung eines Konservierungsmaterials gesichert werden können. Ein Forscherteam des IZKK habe ein solches Material entwickelt und bereits sehr gute Ergebnisse erzielt. Im kommenden Jahr werde eine internationale Konferenz in Bronnbach sowie Workshops bundes- und weltweit stattfinden, um die Ergebnisse vorzustellen.

Rota gab einen Einblick in die vielfältigen Aktivitäten in Bronn-

bach, wie etwa die Fraunhofer Akademie, die im Herbst gemeinsam mit dem Universitätsklinikum Würzburg eine mehrtägige Fortbildung zum Thema 3D-Gewebezüchtung veranstaltet. Im kommenden Jahr stehe ein Workshop in den vatikanischen Museen an, der unter der Schirmherrschaft von Annette Schavan stehe.

Auch für die Bürger der Region würden mit den Bronnbacher Gesprächen Bildungsangebote offeriert, betonte sie die Bedeutung des IZKK für den Main-Tauber-Kreis. Als einziger Forschungsstandort im Landkreis trage das IZKK zudem dazu bei, das internationale Renommee von Bronnbach zu steigern. Darüber hinaus bringe es dem Landkreis durch Tagungen, Konferenzen und Seminare einen direkten und indirekten Mehrwert, in dem es die Bekanntheit Bronnbachs steigere.

Die große Strahlkraft des IZKK hob Klaus Kornberger (Freie Wähler) hervor. Auch die anderen Fraktionen schlossen sich der positiven Bewertung der Forschungseinrichtung an und stimmten der Förderung bei einer Nein-Stimme zu. *hvb*

ÖPNV: Beförderung von Kindergartenkindern

Landkreis zahlt Begleitpersonen

MAIN-TAUBER-KREIS. Für viel Unmut, gerade in den Flächengemeinden, hatten die neuen Beförderungsbedingungen im Öffentlichen Personennahverkehr gesorgt, wonach Kinder unter sechs Jahren nicht mehr unbegleitet in Bussen mitfahren dürfen. Betroffen waren rund 200 Kindergartenkinder kreisweit. Den Kommunen war damit der Schwarze Peter zugespielt worden, denn sie sind für die Beförderung zuständig. Organisiert wird das Hinbringen und Abholen ganz unterschiedlich: Teilweise per Bürgerbus, per Fahrgemeinschaften aber auch über Begleitpersonen, die von den Gemeinden als geringfügig Beschäftigte angestellt wurden.

Ab dem 1. September will der Landkreis nun die Kosten für die Begleitpersonen übernehmen. Das beschloss der Kreistag bei seiner Sitzung am Mittwoch einstimmig. Für dieses Jahr werden voraussichtlich 60 000 Euro, ab dem kommenden Jahr per anno dann rund 116 000 Euro fällig.

Dr. Urban Lanig (CDU) mahnte an, dass größere Städte und ländliche Regionen einer differenzierten Betrachtung zu unterziehen seien. Auf dem Land sei es für kleinere Kinder nicht so gefährlich, weshalb er die Anwendung der geänderten Bedingungen vor Ort auch nicht nachvollziehen könne. Ute Schindler-Neidlein war sich sicher, dass das Problem im flächengroßen Creglingen erhalten bleibe. Immerhin müsste es erst einmal Bewerber für den zeitaufwendigen Begleitpersonenjob geben.

Rainer Moritz sah in der Kreisfinanzierung die einzige Lösung, um die monatelange Diskussion zu beenden. Klaus Kornberger (Freie Wähler) hingegen brachte eine andere Idee auf Tapet. Die Bunsunternehmen könnten reagieren, indem sie ihre Beförderungsbedingungen ändern. Josef Morschheuser wollte von alledem nicht wissen und stellte seine Lieblingsforderung: Nicht der Kreis solle finanzieren, sondern das Ehrenamt solle machen. *hvb*



Nicht mehr unbegleitet mitfahren im Bus dürfen Kindergartenkinder. Eine kleine Lösung ist jetzt mit der Finanzierung der Begleitpersonen gefunden worden. BILD: DPA